

Informationen zu den Kampagnen 2008-2010

(Stand 10. Juli 2007)

2008 startet ein neuer Drei-Jahres-Zyklus mit dem Motto:
,Damit das Recht auf Nahrung kein frommer Wunsch bleibt.'

Nach den beiden Menschenrechtskampagnen im 2006 (Wir glauben. Menschenrechte fordern Einsatz) und 2007 (Wir glauben. Arbeit muss menschenwürdig sein) soll in den nächsten drei Jahren das **Recht auf Nahrung**¹⁾ im Vordergrund stehen.

Botschaften 2008 bis 2010

2008: Das Recht auf Nahrung braucht politischen Willen

Leitfragen	Wie können der Zugang und die Rechte über Land, Wasser und andere natürliche Ressourcen sichergestellt werden und dadurch helfen, Ernährungssouveränität zu erreichen?
Intention	<p>Hunger ist ein Skandal. Wir haben eine Verantwortung: das Recht auf Nahrung muss umgesetzt werden.</p> <p>Diese Verantwortung nehmen wir wahr durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> - <u>Die persönliche Verantwortung</u>: Hunger darf nicht sein. Jede und jeder muss sich einsetzen, damit alle Menschen Nahrung haben. - <u>Eine verantwortungsvolle Gemeinschaft</u>: Die Schweiz muss ihre Verantwortung zur Umsetzung der UNO-Millenniumsziele wahrnehmen. Daher unterstützen <i>Brot für alle</i> und <i>Fastenopfer</i> die Kampagne „0,7% - gemeinsam gegen Armut“, welche eine Erhöhung der staatlichen Entwicklungshilfe auf 0.7% des Bruttonationaleinkommens fordert. - <u>Gestärkte Zivilgesellschaften</u>: sie treten dafür ein, dass alle Menschen Zugang zu Ressourcen haben und die Rechte an natürlichen Ressourcen öffentlich bleiben. - <u>Verantwortungsvolle Staaten im Süden (good governance)</u>: Staaten müssen politische, rechtliche und wirtschaftliche Massnahmen ergreifen, um die Versorgung aller sicherzustellen. Zugang und Kontrolle über natürliche Ressourcen müssen öffentlich bleiben. .
Aktionen	<p>1. März 2008: Rosenaktion</p> <p>6. Februar bis 23. März: „Brotaktion“ (Arbeitstitel), Kooperation mit dem Bäckermeisterverband. Verkauf von Broten zu Gunsten der Projekte von <i>Brot für alle</i> und <i>Fastenopfer</i>.</p>

2009: Das Recht auf Nahrung bedingt eine intakte Umwelt

Leitfragen	Der Klimawandel verschärft das Problem von Hunger und Armut im Süden. Wie beeinflussen unser Konsumverhalten und unser Umgang mit der Umwelt das Leben der Armen im Süden? Welche Massnahmen im Norden und
------------	--

¹ Details siehe www.righttofood.org/

im Süden schonen/schützen die natürlichen Ressourcen?

Intention	<p>Das Recht auf Nahrung bedingt einen verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt. Wir haben eine Verantwortung der Schöpfung gegenüber. Diese Verantwortung nehmen wir gemeinsam mit den Menschen im Norden und im Süden wahr durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> - unser Konsumverhalten (fair, saisonal, regional), - einen angepassten Lebensstil (Energie, Umwelt, Wasser, Luft), - den Klimaschutz (CO₂-Ausstoss), - eine nachhaltige Landwirtschaft, - einen sorgsamem Umgang mit der Wassernutzung.
Aktionen	in Planung.

2010: Das Recht auf Nahrung braucht einen Wandel im Handel

Leitfragen	Handel und internationale Rahmenbedingungen gefährden die labilen Wirtschaften im Süden. Wie können internationale Handelsabkommen beeinflusst/geändert werden, damit die Menschen im Süden ihre Ernährungssicherheit erreichen und umsetzen können?
Aussage	<p>Wir haben eine Verantwortung, dass das Recht auf Nahrung umgesetzt wird. Diese Verantwortung nehmen wir gemeinsam mit den Menschen im Norden und im Süden, sowie mit internationalen Kooperationen wahr durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schaffung fairer Handelregeln - Schutz vor Dumpingimporten - Schutz des kollektiven Wissens und der öffentlichen Verfügung darüber - Faire Geldanlagen - Stärkung der Bedeutung von Nationalstaaten - Corporate social responsibilities (Unternehmensspezifische soziale Verantwortung)
Aktionen	in Planung.

Das Recht auf Nahrung ist ein wichtiger Schritt in Richtung Ernährungssouveränität.

Ernährungssouveränität wird definiert als Recht aller Völker, ihre Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik selber zu definieren und dabei

- die einheimische landwirtschaftliche Produktion und den Handel zu schützen und zu regulieren, um ihre Ziele nachhaltiger Entwicklung zu erreichen;
- ihr Mass an Selbstversorgung zu bestimmen;
- Dumpingexporte auf ihren Märkten zu begrenzen,
- den lokalen Gemeinschaften, die von der Fischerei leben, den Vorrang beim Management der Wassernutzung und die Rechte über die Wasserressourcen zu geben.
- den KonsumentInnen die Wahlfreiheit zu einer kulturell und lokal angepassten Ernährungsweise zu garantieren.

Ernährungssouveränität lehnt den Handel nicht ab, sondern fördert die Formulierung von Handelspolitiken – und –praxen, welche den Rechten der Völker auf Nahrung sowie sichere, gesunde und ökologisch nachhaltige Produktion dienen.